21. Jg. / Juli '98

G 7626

# integration

# 3/98

**Fritz Franzmeyer**
Europa mit dem Euro – Herausforderungen an die Politik

**Michael Dauderstädt**
EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern

**Horst Ehmke**
Das Bundesverfassungsgericht und Europa

**Wegmarken und Perspektiven europäischer Verfassungsentwicklungen –**
Tagung des wissenschaftlichen Direktoriums des IEP

**Arbeitskreis Europäische Integration**

Start, Entwicklung und Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion • Die Regionen im Kontext der EU-Erweiterung

VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT
DES INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE POLITIK
IN ZUSAMMENARBEIT MIT
DEM ARBEITSKREIS EUROPÄISCHE INTEGRATION

20. Vgl. Mario Monti, Der Binnenmarkt und das Europa von morgen. Ein Bericht der Europäischen Kommission, Köln 1997, S. 159 f.

21. Vgl. Paolo Cecchini u.a., Europa '92 – Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988, S. 130 und 134.

22. Vgl. Monti, a.a.O., S. 125.

23. Unter anderem diesen Aspekt des Steuerwettbewerbs in der Europäischen Union betont die Mehrheit der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998, a.a.O., S. 354.

24. Vgl. Stefan Bach, Reform der Unternehmensbesteuerung, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Schwerpunktheft Steuerreform, 3-4 (1997), S. 344.

25. Vgl. zum Beispiel Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Koordinierung der Steuerpolitik in der Europäischen Union. Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs, Mitteilung der Kommission an den Rat, KOM (97) endg., Brüssel, den 01.10.1997.

26. Schlußfolgerungen des Rates „Wirtschafts- und Finanzfragen" vom 1. Dezember 1997 zur Steuerpolitik, Anhang 1: Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 1. Dezember 1997 über einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung, in: ABl 98/C 2 vom 6.1.98, S. 1-6.

27. Vgl. „Monti: Verhaltenskodex gegen unfaire Steuerpolitik wird wirken", in: Handelsblatt vom 8. Dezember 1997.

28. Dies hatte das „Ruding Committee" für die Körperschaftsteuer vorgeschlagen. Vgl. Bach, Steuerreform in Deutschland, a.a.O., S. 310.

29. Vgl. Harald Trabold, Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle?, in: Wochenbericht des DIW, 23 (1997), S. 418.

30. Vgl. Harald Trabold, Globalisierung und nationale Wirtschaftspolitik, in: Werner Fricke (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik 1997, S. 163.



# EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern

**Michael Dauderstädt**

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus strebten die siegreichen Oppositionsbewegungen Ostmitteleuropas nach Demokratie, Marktwirtschaft und Rückkehr nach Europa. Ein Beitritt zur Europäischen Union sollte Freiheit und Wohlstand sichern. Die Union ihrerseits bot den assoziierten Ländern Ostmitteleuropas die Aufnahme in die Europäische Union zunächst in den Präambeln der Europa-Abkommen, dann explizit in den Erklärungen diverser EU-Gipfel (Kopenhagen, Essen) an. 1994 bis 1996 stellten zehn Länder die entsprechenden Anträge. Die Europäische Kommission prüfte die Anträge und empfahl im Juni 1997 die Aufnahme von Verhandlungen mit fünf der zehn Antragsteller (und mit Zypern). Im Dezember 1997 folgte der Europäische Rat in Luxemburg dieser Empfehlung.

Mit den offiziellen Beitrittsanträgen der jeweiligen Regierungen Ostmitteleuropas könnte man die Frage nach den Interessen ad acta legen. Aber warum wollen diese Länder der Europäischen Union beitreten? Ist der Beitritt Selbstzweck oder Instrument zur Erreichung anderer, wichtigerer Ziele? Wenn er ein Mittel sein soll, um Freiheit, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu erzielen, so müßten die Kandidaten prüfen, ob ein EU-Beitritt diese Ziele erreichen hilft und um welchen Preis. Nicht nur die Regierungen und Eliten sind dabei gefragt, sondern auch die Bevölkerungen; denn in einigen Ländern dürfte es ein Referendum geben. Die Tatsache, daß Norwegen und die Schweiz – obgleich aus viel komfortableren Positionen – aber auch das ähnlich arme Malta von einem Beitritt vorerst Abstand genommen haben, deutet darauf hin, daß die Frage keineswegs rhetorisch ist. Trotzdem gibt es nur wenige Bemühungen[1], sie zu beantworten.

## *Kosten und Nutzen eines Beitritts – Stand der wissenschaftlichen Diskussion*

In ihren offiziellen Erklärungen wiederholen die Kandidaten eine Reihe von Zielen, die sie mit einem Beitritt verfolgen: Festigung von Demokratie und Marktwirtschaft, Wachstum und Entwicklung, engere Kooperation mit der Europäischen Union, allerdings ohne die inneren Zusammenhänge und die Kosten zu betrachten.[2] Auch die Wissenschaft, die sich im Vorlauf der Süderweiterung intensiv mit den Beitrittswirkungen auf die Kandidaten beschäftigte, hat bei der Osterweiterung bisher nur wenig zur Beantwortung dieser Frage beigetragen. Die meisten Analysen zur EU-Osterweiterung konzentrieren sich auf die Wirkungen, Kosten und Nutzen für die Europäische Union. Soweit sie überhaupt auf die Beitrittskandidaten eingehen, tun sie es mit deutlich geringerem Gewicht. Richard E. Baldwins bahnbrechendes Werk von 1994[4] widmet dem politischen Nutzen für Ostmitteleuropa einige Zeilen und dem wirtschaftlichen eine halbe Seite.[5] Erst sein späterer Aufsatz von 1997[6] ist ausgewogener. Die große DIW-Studie[7] behandelt überwiegend die Wirkungen auf die Europäische Union und deren Reformbedarf. Die meisten Artikel zur Osterweiterung[8] widmen sich der Frage ebenfalls aus der Perspektive der Europäischen Union und analysieren Handels- und Beschäftigungswirkungen, Budgetfragen, institutionelle und politische Probleme. Trotzdem liefert diese Literatur wichtige Hinweise auf die Wirkungen für Ostmitteleuropa, soweit sie Beziehungsaspekte wie etwa Handel oder Transfers analysiert. Denn die Importe der Europäischen Union sind die Exporte Ostmitteleuropas, die Kosten der Strukturfonds die Kapitalzuflüsse der Neumitglieder.

Das zweite große Feld wissenschaftlicher Arbeit, von dem man sich Erkenntnisse erhoffen könnte, sind die Studien zur Entwicklung Ostmitteleuropas. Die schon kaum mehr überschaubare Masse an Studien zur Transformation bietet vielfältiges Material und Einsichten, die zu berücksichtigen sind, wenn man verstehen will, wie sich eine Integration in die Europäische Union auf die im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch befindlichen jungen Demokratien auswirkt. Aber kaum jemand widmet sich direkt dieser Frage.[9] Eher geht es noch – wie in den umfangreichen, periodisch aktualisierten Analysen der Bertelsmann-Stiftung[10] – um die Integrationsfähigkeit Ostmitteleuropas.[11] In die gleiche Richtung geht auch die Evaluierung durch die Kommission, wenn sie die Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen prüft. Aber die Fähigkeit, etwas zu tun, ist vom Interesse, es zu tun, zu unterscheiden. Trotzdem läßt sich auch hier einiges lernen, denn mangelnde Fähigkeit in bestimmten Bereichen impliziert Kosten und damit Nachteile, zumindest für bestimmte Gruppen. Diese Gruppen haben dann in der Regel ein Interesse an Ausnahmeregelungen oder sind gar gegen einen Beitritt.

Eine weitere Quelle für Prognosen stellen Untersuchungen zur Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft dar. 1980 und 1986 kamen mit Griechenland, Spanien und Portugal relativ arme Länder in die Gemeinschaft, die wie Mittel- und Osteuropa unter den Folgen langjähriger Diktaturen, teils mit starken staatswirtschaftlichen Elementen, litten. Verschiedene Arbeiten, beispielsweise von Axt[12], Laaser[13], und Sänger[14], untersuchten die Entwicklung dieser Länder und zogen Schlußfolgerungen für die Osterweiterung. Trotz einer Reihe den drei Ländern gemeinsamer Erfahrungen (zum Beispiel wachsende Handelsbilanzdefizite gegenüber der Europäischen Gemeinschaft nach dem Beitritt) dominieren Unterschiede, die belegen, daß nationale Politiken über den Erfolg der Beitrittsstrategie entscheiden. Bei einem Vergleich von Süd- und Osterweiterung ist aber insofern Vorsicht geboten, als die Beitritte der Mittelmeerländer zu einer Europäischen Gemeinschaft erfolgten, die erheblich weniger tief integriert war als die Europäische Union, der die Ostmitteleuropäer beitreten werden.

Schließlich kann als Vergleichsszenario auch die erste Osterweiterung der Europäischen Union, die Aufnahme der fünf Neuen Bundesländer gewählt werden.[15] Mit ihnen integrierte sich zum ersten Mal eine postkommunistische Planwirtschaft in die Union, allerdings unter sehr speziellen Bedingungen. Sie hatte vorher kaum Reformen durchgeführt, übernahm die D-Mark zu einem überbewerteten Kurs und hatte kaum Anpassungs- und Übergangsfristen. Außerdem erhielt die ehemalige DDR Transferzahlungen in einem beispiellosen Ausmaß. Die aus dieser Kombination resultierende Entwicklung muß aber allen weiteren Beitrittskandidaten die Risiken voreiliger Integration verdeutlichen.

Welche Wirkungen haben bisherige Analysen vermutet bzw. vorhergesagt? Welche anderen Effekte sind zu erwarten? Wie verteilen sich Kosten und Nutzen in den Beitrittsländern? Welche Interessen entstehen aufgrund der zu erwartenden Wirkungen? Welche Auswirkungen werden sie auf den Beitrittsprozeß haben? Diese Fragen sollen im folgenden beantwortet werden.

## Voraussichtliche Beitrittswirkungen in Ostmitteleuropa

Um die Beitrittswirkungen klar zu identifizieren, müssen sie von den beitrittsunabhängigen Integrationsprozessen unterschieden werden. Ostmitteleuropa hat sich seit 1989 sehr stark





geöffnet und in die europäische und globale Wirtschaft integriert. Diese Integration hat nicht nur im Bereich der Märkte für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, sondern auch politisch-institutionell durch den Beitritt zu internationalen Organisationen, Verträgen und Dialogstrukturen stattgefunden. Im Hinblick auf einen EU-Beitritt sind die Assoziierungsverträge (Europa-Abkommen) am wichtigsten, deren Präambel eine spätere Vollmitgliedschaft vorsieht und deren sonstige Regelungen eine Reihe wichtiger Beitrittsaspekte vorwegnehmen, beispielsweise die Liberalisierung des Handels mit industriellen Fertigwaren. Die eigentlichen Beitrittswirkungen sind von den Effekten dieser vorgezogenen Integrationsprozesse zu unterscheiden.

### *Handel*

Seit 1989 hat sich der Außenhandel Ostmitteleuropas, vor allem in seiner regionalen Struktur, dramatisch verändert. Die Europäische Union hat die Sowjetunion als Haupthandelspartner abgelöst und ist heute mit über der Hälfte der Ein- und Ausfuhren der mit Abstand wichtigste Handelspartner der meisten Beitrittsländer (Ausnahmen: Litauen, Lettland und die Slowakei). Während die Europäische Union überwiegend Investitionsgüter nach Ostmitteleuropa exportiert, importiert sie vor allem Konsumgüter von dort.[16] Die Wettbewerbsfähigkeit der Beitrittsländer nahm vor allem bei den arbeitsintensiven Produkten zu Lasten der rohstoffintensiven Güter zu. Nach anfänglichen Handelsbilanzüberschüssen weisen die Beitrittskandidaten seit 1991 wachsende Handelsbilanzdefizite auf.

Diese Entwicklung der Handelsströme verdankt sich unterschiedlichen Faktoren, unter anderem dem Zollabbau seitens der Europäischen Union nach dem Systemwechsel in Ostmitteleuropa (Übergang zum Allgemeinen Präferenzsystem) und später im Zuge der Europaabkommen. Daneben spielen aber die Nachfrage und die realen – um die Inflationsdifferenz bereinigten – Wechselkurse eine wichtige Rolle. Starkes Wachstum in der Europäischen Union zieht Importe aus Ostmitteleuropa an; umgekehrt führt starkes Wachstum in Ostmitteleuropa zu kräftigeren Importen aus der Union. Die deutlichen Abwertungen der ostmitteleuropäischen Währungen in den Jahren 1989-91 waren mitverantwortlich für den Exportboom. Die reale Aufwertung (höhere Inflation als in der Europäischen Union bei festem nominalen Wechselkurs) in den Folgejahren trug zur Passivierung der Handelsbilanz bei.

Der vollständige Zollabbau, auch im Agrarbereich, könnte den gegenseitigen Handel weiter steigern. Allzu große Zuwächse sind aber nicht zu erwarten. Denn die zu überwindenden Zollschranken sind – anders als früher – niedrig und durch Abwertung oder sonstige Kostensenkungen leicht zu kompensieren (wie auch Aufwertung und Inflation die Kostenvorteile zollfreien Zugangs rasch beseitigen können). Schätzungen aufgrund von Gravitationsmodellen[17] lassen vermuten, daß der Handel schon das Volumen erreicht hat, das aufgrund der Größe der beteiligten Volkswirtschaften und ihrer Nähe zu unterstellen ist. In der Struktur dürften die Agrarexporte aus Ostmitteleuropa und die KfZ-Importe nach Ostmitteleuropa zunehmen, da hier die jeweiligen, nach einem Beitritt abzubauenden Importzölle am höchsten sind.[18]

Die Übernahme des gemeinsamen Außenzolls der Europäischen Union setzt die einheimische Wirtschaft der Neumitglieder in einigen Branchen einem höheren Konkurrenzdruck aus. Der Durchschnittszoll beträgt in Ostmitteleuropa 6,5 Prozent, in der Union nur 3 Pro-

zent.[19] So muß etwa der Schutzzoll, der auf Druck westlicher Investoren für Kraftfahrzeuge eingeführt wurde, weitgehend abgebaut werden. Es gibt aber auch Bereiche, in denen der Zoll steigt, vor allem in der Landwirtschaft, in der die Europäische Union etwa 15 Prozent abschöpft, die Beitrittsländer aber nur 2 Prozent. Der Zollabbau hat auch fiskalische Kosten. So machten in Ungarn die Zolleinnahmen 1996 noch fast 11 Prozent des Staatshaushalts aus.[20] Sinkt der Zoll von ca. 6 auf 3 Prozent (extra-EU-Handel), so verursacht das bei Importen von außerhalb der Union in Höhe von ca. 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Mindereinnahmen des Staates in Höhe von etwa 0,5 Prozent des BIP, was angesichts von Sparzwängen und Defizitkriterien schon schmerzhaft sein kann.

Nach den Erfahrungen der Süderweiterung dürften die Handelsbilanzdefizite der Beitrittsländer nach der Aufnahme in die Europäische Union stark zunehmen.[21] Im Idealfall geschieht dies dank der höheren Wachstumsrate und des Zustroms von Auslandskapital. Werden hauptsächlich Kapitalgüter importiert und steigt dank hoher nicht rückzahlbarer Transfers die Auslandsverschuldung nicht übermäßig an, so ist dieses Wachstum tragfähig und nachhaltig. Es kann aber auch – wie im Falle Griechenlands – zu starken Konsumgüterimporten kommen, die wenig nachhaltige Wachstumseffekte auslösen und das Land von laufenden Hilfetransfers abhängig machen.

*Kapitalverkehr und Freizügigkeit*

Mit der außenwirtschaftlichen Liberalisierung hat Ostmitteleuropa sich auch ausländischen Kapitalzuflüssen geöffnet. Es hat Kredite und nicht rückzahlbare Hilfen von öffentlichen und privaten Institutionen sowie zahlreiche Auslandsinvestitionen erhalten. Umfang und Zusammensetzung der Zuflüsse variieren stark von Land zu Land. Als assoziierte Mitglieder erhalten die Länder Mittel- und Osteuropas schon heute finanzielle und technische Hilfe der Europäischen Union mittels des PHARE-Programms (ca. 1 Milliarde ECU pro Jahr), der Europäischen Investitionsbank (EIB) (1990–95: knapp 3 Milliarden ECU) und aus zahlreichen bilateralen Programmen. In der bilateralen Hilfe dominierten Exportkredite. Internationale Finanzorganisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) vergaben Kredite.

Mit dem EU-Beitritt wird sich die Struktur dieser Zuflüsse deutlich ändern. Bilaterale Hilfe aus den anderen EU-Mitgliedstaaten wird weitgehend enden. Öffentliche Exportkredite oder deren Garantien wären innerhalb der Europäischen Union nicht mehr zulässig. Internationale Finanzinstitutionen außer der EIB würden ihr Engagement wohl ebenfalls zurückfahren. Dafür würden die Neumitglieder von den Agrar- und Strukturfonds der Europäischen Union profitieren, die für sie erheblich günstiger sind, da diese Finanztransfers nur aus Zuschüssen und nicht aus Krediten bestehen. Nach bisherigen Schätzungen dürften diese Zuflüsse bis zu 5 Prozent des BIP der Empfängerländer ausmachen. Schon in dieser Größenordnung treten Absorptionsprobleme auf. Um in den Genuß der Transfers zu kommen, müssen die Empfänger häufig zahlreiche neue Regelungen einführen, wie etwa eine regionale Gliederung des Territoriums, die den Erfordernissen des Regionalfonds entspricht. Außerdem erwartet die Europäische Union meist Kofinanzierungen aus dem nationalen Haushalt, die erhebliche budgetäre Belastungen mit sich bringen. Schon heute schöpfen die Altmitglieder diese Mittel nicht aus, da sie ihre nationalen Budgets schonen wollen und müssen.





Noch bedeutsamer mag der Vertrauenszuwachs sein, den ein Neumitglied durch seinen EU-Beitritt bei internationalen Investoren erfährt. Er kann sich in deutlich niedrigeren Zinsen für Kredite niederschlagen. Baldwin u.a. schätzen, daß die von Investoren geforderte Risikoprämie um 15 Prozent sinkt, was die Sollzinsen für Kredite um fast ein halben Prozentpunkt senken würde.[22] Im Falle eines gleichzeitigen Beitritts zur Währungsunion (oder wenigstens zu einem System fester Wechselkursanbindung an den Euro) wären die Risikoprämien noch geringer, da auch das Wechselkursrisiko deutlich geringer ausfiele. Nach den Erfahrungen der Süderweiterung kann Ostmitteleuropa auch mit einem Anstieg der Direktinvestitionen rechnen, solange es eine Wirtschaftspolitik betreibt, die Investoren nicht abschreckt. Vermögenswerte (Kapital, Immobilien etc.) in den Beitrittsökonomien können dann im Prinzip von Anlegern aus anderen EU-Mitgliedstaaten erworben werden. So sind in den ersten Jahren nach dem Beitritt die Börsenkurse in Spanien und Portugal kräftig angestiegen.[23] Alle verstärkten Zuflüsse von Auslandskapital machen aber die Volkswirtschaften auch verwundbarer gegenüber den Wahrnehmungsveränderungen der internationalen Finanzmärkte. Nimmt das Vertrauen ab, droht eine spekulativ verstärkte Kapitalflucht, die die Wirtschaft in eine tiefe Krise stürzen kann.

Trotz mancher spektakulärer Bilder wie die Massenfluchten aus Bosnien oder Albanien hielt sich die Migration aus Ostmitteleuropa in die Europäische Union bisher in Grenzen. 1993 kamen nur knapp 10 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland aus Ostmitteleuropa. Nach einem Beitritt rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer möglichen Migration in die gesamte Union von 340 000 bis 680 000 Personen aus den fünf CEFTA-Ländern, und knapp der doppelten Anzahl aus allen Beitrittskandidaten. Die Obergrenze entspricht der derzeitigen Wohnbevölkerung aus diesen Ländern in Deutschland. Für die Entsenderländer wäre dies zwar eventuell ein Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, aber auch eine Quelle zusätzlicher Deviseneinnahmen. Zahlreiche Gastarbeiter aus Mittel- und Osteuropa in der Europäischen Union kommen einem massiven Exportzuwachs gleich, der die Leistungsbilanz spürbar entlasten könnte. Vor allem Polen muß an einer entsprechenden Öffnung des EU-Arbeitsmarktes – das heißt vor allem des deutschen Arbeitsmarktes – interessiert sein.

*Harmonisierung der Politiken und Übernahme des acquis communautaire*

Mit dem Beitritt müssen die Neumitglieder – spätestens nach einer Übergangsfrist – das gesamte Regelwerk der Europäischen Union (40 000 Rechtsakte[24]) in das nationale Recht übernehmen und anwenden. Auf vielen Gebieten bedeutet dies eine Regelungsdichte, wie sie diese Wirtschaften trotz oder wegen der planwirtschaftlichen Praxis vorher nicht gekannt haben.[25] Für die schon Mitte der achtziger Jahre relativ liberalisierte tschechische Landwirtschaft bedeutet es praktisch eine Rückkehr zu planwirtschaftlichen Zuständen.[26] Allein die Übersetzung der Texte und ihre Vermittlung in die nationale Verwaltung, die sie umzusetzen hat, sowie in die Justiz, die eventuelle Streitfälle schlichten und entscheiden muß, wird erhebliche Anpassungskosten verursachen.[27] Auf einige Politikfelder sei besonders hingewiesen:

*Fiskalpolitik:* Als Neumitglieder beteiligen sich die Ostmitteleuropäer an der Finanzierung des EU-Haushaltes. Sie müssen die Zolleinnahmen und Agrarabschöpfungen, einen Anteil von 1,4 Prozent am Mehrwertsteueraufkommen sowie eine Zahlung in Höhe von 0,3-0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) (die sogenannte „Vierte Quelle"), insgesamt aber

nicht mehr als 1,27 Prozent des BSP abführen. Dem stehen aber die Einnahmen aus den diversen Fonds gegenüber.

*Währungsunion:* Zwar müssen und können die Beitrittskandidaten nicht gleichzeitig mit dem EU-Beitritt die gemeinsame Währung übernehmen, aber sie unterliegen doch dem Sog der Währungsunion und müssen versuchen, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die den Wechselkurs der Landeswährung zum Euro möglichst stabil hält. Hauptproblem dürfte vorläufig die immer noch höhere Inflationsrate sein. Wichtig wäre für die Länder im Lichte der Währungskrisen der letzten Jahre die Aussicht, daß die Europäische Zentralbank einen vernünftigen Außenwert ihrer Währungen abstützt. Damit vermindert sich das Risiko spekulativer Attacken erheblich. Im Gegenzug erwartet die Europäische Union jedoch wahrscheinlich eine solide Haushalts-, Geld- und Einkommenspolitik. Die endgültige Übernahme des Euro als Währung erhöht den Anpassungsdruck auf Angleichung der Konsumentenpreise und Löhne.

*Agrarpolitik:* Die ostmitteleuropäischen Landwirtschaften sind weniger produktiv als die der Europäischen Union, aber das Preisniveau ist viel niedriger. Ohne Reform der gemeinsamen Agrarpolitik würden die Preise stark ansteigen und die Bauern würden erhebliche Zahlungen erhalten. Die Schätzungen reichen von 1000 bis 3000 ECU pro Landwirt.[28] Die untere Grenze liegt etwas unter dem Transferniveau im Fall Portugal, das noch reicher ist, aber eine eher mediterrane Produktionsstruktur aufweist. Die EU-Agrarpolitik bedient aber die Bauern im Norden der Union, wo die Produktionspalette der Ostmitteleuropas ähnlich ist, besser. Daher könnten die Zahlungen auch bei dem höheren Wert liegen. Für die vier Visegrádländer lägen die jährlichen Gesamtzahlungen bei ca. 10 Milliarden ECU.[29] Werden diese Beträge investiert, so kann das Produktivitätsniveau in der Landwirtschaft, zumindest in Form von Flächenerträgen, rasch steigen.

*Wettbewerbspolitik:* Schon die Zollunion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Römischen Verträge sah vor, daß Subventionen von Brüssel zu genehmigen waren, da die Mitgliedsstaaten sie sonst als Ersatz für den wegfallenden Zollschutz hätten nutzen können. Der Binnenmarkt erfordert zusätzlich eine Fülle von Regulierungen, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren. In den Transformationsländern könnten noch vorhandene Verschachtelungen zwischen Privatisierungsinstitutionen, Banken und Unternehmen Probleme aufwerfen. Staatliche Maßnahmen zur Modernisierung der veralteten Industrie wären auf die Zustimmung der Europäischen Union angewiesen. In vielen Bereichen müßten Unternehmen und Verwaltung hohe Anpassungsinvestitionen vornehmen, um Produkte, Produktionsprozesse und Marktkontrollen den EU-Standards anzupassen. Mit Recht weisen die Beitrittsbefürworter allerdings darauf hin, daß man als Mitglied in Zukunft über diese Regeln mitentscheidet, als abhängiger, kleiner Nachbar und Nicht-Mitglied sie trotzdem akzeptieren und anwenden muß, um weiter in die Union exportieren zu können.[30]

*Struktur- und Industriepolitik:* Die Neumitglieder profitieren von den Transfers aus den Strukturfonds, insbesondere dem Regional- und Sozialfonds. Damit könnten gewaltige Investitionen in die Infrastruktur und Humankapitalausstattung der Länder finanziert werden. Sie würden im Erfolgsfall die Produktivität steigern und komplementäre private Investitionen nach sich ziehen. Sie würden aber auch die Finanzierungsmöglichkeiten des Staatshaushalts sehr strapazieren.

*Umweltpolitik:* Das Münchener ifo-Institut hat berechnet, daß die Angleichung an EU-Standards im Bereich des Umweltschutzes in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Polen Investitionen für Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Abfallwirtschaft in Höhe von ca. 120 Milliarden D-Mark erfordert.[31] Die Umrüstung der Kraftfahrzeugflotte wird ebenfalls erhebliche Kosten verursachen. Außerdem folgt die Umweltpolitik zum Beispiel in Tschechien einer gänzlich anderen Philosophie als die der Europäischen Union. Statt eine nachhaltige Entwicklung anzustreben, setzt das tschechische Konzept des Umweltschutzes auf direkte Verhandlungen zwischen Verursacher und Geschädigtem.[32]





*Innen- und Justizpolitik:* Diese dritte Säule des Maastrichter Vertrags wird intergouvernemental gesteuert. Damit haben die Neumitglieder mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und müssen sich nicht einfach den Unionsentscheidungen beugen. Aber auch auf diesem Gebiet werden Anpassungen nötig sein, insbesondere beim Beitritt zum Schengener Abkommen. Als Länder an der Außengrenze der Union kommen auf sie besondere und kostspielige Verpflichtungen[33] zum Schutz dieser Grenzen zu, wenn sie offene Grenzen zu den übrigen EU-Staaten wünschen. Die verschärfte Kontrolle der Grenzen zu Nachbarländern kann auch den dort oft lebhaften Wirtschaftsaustausch (beispielsweise Polen-Belarus) stören.

*Außen- und Sicherheitspolitik:* Wie für die Innen- und Rechtspolitik gilt auch hier das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen. Relevanter ist für die Sicherheit und die Verteidigungspolitik ein NATO-Beitritt, der bei einigen Kandidaten (Polen, Tschechien, Ungarn) vor dem EU-Beitritt erfolgen dürfte. Letztlich wirken beide Strukturen aber in Richtung auf eine abgestimmte Verteidigungspolitik, die auch eine Anpassung der Ausrüstung und Struktur der nationalen Streitkräfte erfordert.

In praktisch allen Politikfeldern ist ein umfassender Reformbedarf festzustellen, dessen gesamte – über einen längeren Zeitraum anfallenden – Kosten das Bruttoinlandsprodukt eines Jahres übertreffen könnte.[34] Sie sind nur teilweise durch Transferzahlungen seitens der Europäischen Union abgedeckt.

## Beitrittswirkungen im Lichte nationaler Ziele der Neumitglieder

Die wesentlichen nationalen Ziele und Interessen der Länder Ostmitteleuropas sind Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand und unterscheiden sich damit nicht wesentlich von denen anderer Länder. Sie stehen nicht im Widerspruch zu den Zielen und Interessen der Europäischen Union und ihrer Mitglieder. Trotzdem ist zu prüfen, ob eine EU-Mitgliedschaft für die Beitrittsländer der beste Weg zur Erreichung dieser Ziele ist.

### *Frieden, Sicherheit und Freiheit*

Ein EU-Beitritt ist sicher geeignet, Frieden und Sicherheit in Europa und insbesondere für diese Länder zu garantieren. Er würde die Zwischenlage Ostmitteleuropas beenden, die mit dem Rückzug und Zerfall der Sowjetunion entstand und die schon in der Zwischenkriegszeit für Spannungen sorgte. Denn er entzieht diese Länder klar dem Einflußbereich Rußlands und festigt ihre Westorientierung. Allerdings reduziert auch ein NATO-Beitritt all diese Risiken und Gefahren einer ungeklärten Balance zwischen Ost und West schon erheblich. Für viele Ostmitteleuropäer ist mit dem NATO-Beitritt der entscheidende Schritt zur Westintegration und Sicherheit vor Rußland schon getan und ein EU-Beitritt eher eine Ergänzung, dessen zusätzlicher Nutzen gegen dessen Kosten abzuwägen sind. Ein EU-Beitritt vergrößert auch die Reibungsfläche mit den westlichen Nachbarn, da er Interessenkonflikte mit sich bringt. Aber ihre friedliche Austragung ist im Rahmen der Europäischen Union stärker institutionalisiert und gesichert als außerhalb.

Aber schon beim Freiheitsziel muß der Befund weniger eindeutig ausfallen: Nach innen sichert ein EU-Beitritt den Bestand der Demokratie, da ein Abweichen von den demokrati-

schen Normen sicher sanktioniert würde – in schweren Fällen mit dem Ausschluß aus der Europäischen Union. Befürworter eines EU-Beitritts und Anhänger der Demokratie verstärken sich somit in der Innenpolitik Ostmitteleuropas gegenseitig. Allerdings droht auch die Gefahr, daß die Beitrittsdebatte die Gesellschaften Ostmitteleuropas polarisiert und vorhandene Enttäuschungen mit der Demokratie und der Marktwirtschaft mit den Ängsten angesichts eines EU-Beitritts verknüpft. Das Amalgam von antiwestlichen, nationalistischen, traditionalistischen und antikapitalistischen Interessen könnte in den jungen Demokratien einen verhängnisvollen Einfluß entwickeln.[35] Dies ist kein Spezifikum Ostmitteleuropas, sondern auch in westeuropäischen Ländern zu beobachten, in denen sich bei Referenden aus Anlaß des Maastrichter Vertrags oder des anstehenden EU-Beitritts die Stärke solcher Kräfte erwies. In den Transformationsländern kommen erschwerend die besonderen Probleme des Übergangs hinzu: neue Armut, Arbeitslosigkeit, kaum wiedergutgemachte spürbare Einkommensverluste, wachsende Ungleichheit – all dies auf dem Hintergrund egalitärer Traditionen und Erwartungen.

Nach außen schränkt ein EU-Beitritt die Freiheit deutlich ein. Das Neumitglied muß auf zahlreiche Kompetenzen und Möglichkeiten nationaler Souveränität verzichten. Statt dessen muß es sich Entscheidungen europäischer Institutionen beugen, auf die es selbst im gegenwärtigen System wenig und nach einer aus Sicht der Europäischen Union wünschenswerten Reform der Entscheidungsprozesse noch weniger Einfluß hat. Denn eine solche Reform würde voraussichtlich in weiteren Feldern Mehrheitsentscheidungen mit sich bringen und die relative Bevorzugung kleinerer Länder – wozu die meisten Beitrittskandidaten zählen – beenden oder wenigstens verringern. Diese relative Entmündigung dürfte vor allem den fünf Beitrittskandidaten (Baltikum, Slowenien und Slowakei) schwer fallen, die gerade erst ihre Unabhängigkeit durch Ausscheiden aus wenig geliebten Bundesstaaten (Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei) gewonnen haben. Eine derartige Unterordnung fällt leichter, wenn man die Ziele (finalité) der Europäischen Union vorbehaltlos teilt. Das trifft aber nur bedingt zu.[36] Gelegentlich erforderte schon die Assoziierung schmerzliche Einschnitte in nationale Interessen und Sensibilitäten.[37] Trotzdem gilt angesichts der realen, vor allem wirtschaftlichen Dominanz der Europäischen Union in Europa, daß diese beschränkte Mitsprache vielleicht mehr Gestaltungsspielraum bietet als die Rolle eines Nichtmitglieds ohne Mitsprache, aber in weitgehender Abhängigkeit von der ohne seine Mitwirkung gestalteten EU-Politik. Schließlich könnte ein EU-Beitritt für die Ostmitteleuropäer auch ein Weg sein, die sonst überwältigende Abhängigkeit von Deutschland zu mildern und zu multilateralisieren.Insgesamt scheinen Frieden, Sicherheit und Freiheit Ostmitteleuropas im Moment wenig gefährdet – mit oder ohne EU-Beitritt. Nach einem NATO-Beitritt sind sie es – zumindest für die NATO-Neumitglieder – noch weniger. Trotz des hohen prinzipiellen und rhetorischen Stellenwerts dieser Ziele geht es den meisten Ostmitteleuropäern beim EU-Beitritt um ein naheliegenderes Ziel und unmittelbareres Problem: um Wohlstand, Wachstum und die Überwindung der wirtschaftlichen Erblast von 40 Jahren Planwirtschaft.

*Wachstum und Modernisierung*

Die Wachstumsentwicklung anderer armer Länder, die der Gemeinschaft beigetreten sind, zeigt kein eindeutiges Muster: Portugal, das zum 1.1.1986 beitrat, ist eine relative Erfolgsstory. Ab 1985 wuchs sein Pro-Kopf-Einkommen knapp 1 Prozent schneller als im Durchschnitt der 20 Jahre davor (4 statt 3,2 Prozent pro Jahr). In Spanien blieb diese Wachstumsrate praktisch unverändert (2,8 statt 2,9 Prozent). Irland (Beitritt 1972) wies zunächst gute





Zuwachsraten auf, hatte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eine Flaute und ist seit etwa zehn Jahren das Wirtschaftswunderland der Europäischen Union mit ca. 5 Prozent Wachstum. Griechenland (Beitritt 1980) bietet ein abschreckendes Beispiel. Seine Wirtschaft, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1962 und 1982 noch durchschnittlich um 5,2 Prozent jährlich gewachsen war, kam ab 1985 im Durchschnitt nur noch auf kümmerliche 1,3 Prozent.[38] Insgesamt hält sich der Abbau der Einkommensdisparitäten zwischen reichen und armen Regionen der Europäischen Union in engen Grenzen.

Niemand weiß, ob das Bild ohne EU-Beitritt besser oder schlechter ausgesehen hätte. Klar ist dagegen: Die jeweilige nationale Politik entscheidet darüber, wie sich das Neumitglied entwickelt. Denn die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als solche ist offensichtlich keine Erfolgsgarantie für Wachstum. Die Union selbst ist in puncto Wachstum nicht gerade ein Vorbild für arme Länder.[39] Im Vergleich zu anderen Regionen (Nordamerika, Ostasien) zeichnet sie sich eher durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit als durch besonders rasches Wachstum aus.

Welche Vorteile für eine eigene Wachstumsstrategie haben also die Beitrittskandidaten bei realistischer Betrachtung von einer EU-Mitgliedschaft zu erwarten? Die Antwort darauf hängt davon ab, welchen der kontroversen Ansätze zur Erklärung von Wachstumsprozessen man folgt, und von der spezifischen Strategie, die Ostmitteleuropa einschlagen will.

*Der Januskopf marktgesteuerten Wachstums*

Von der Angebotsseite her entsteht Wachstum durch den immer produktiveren Einsatz von immer mehr Produktionsfaktoren, in Ländern mit stagnierender Bevölkerung vor allem von vermehrtem Kapitaleinsatz. Die Beitrittskandidaten können zurecht hoffen, daß ihr Zugang zu internationalen Kapitalmärkten mit einem EU-Beitritt verbessert wird. Sie können mehr Kapital zu günstigeren Bedingungen, im Idealfall sogar geschenkt erhalten (als EU-Transferzahlungen) oder ohne Zinsbelastung und Wechselkursrisiko (als Direktinvestitionen). Dem stehen eventuell Verluste beim Produktionsfaktor Arbeit durch Abwanderung qualifizierter Kräfte gegenüber[40], die aber angesichts der Arbeitslosigkeit und den mit EU-Hilfen verbesserten Qualifizierungsmöglichkeiten nicht so schwer wiegen dürften.

Dem Zufluß an Geldkapital entspricht ein Import von Realkapital, also Investitionsgütern. Rasche Wachstumsprozesse in weniger entwickelten Volkswirtschaften sind meist sehr importintensiv, und zwar in höherem Maß als das Wachstum reifer Volkswirtschaften. Deswegen ist aufholendes Wachstum so schwer, denn es erfordert eine niedrigere Einkommenselastizität der Importe in der armen als in den reichen Wirtschaften, wenn man nicht das Risiko ständig zunehmender Defizite und Verschuldung auf sich nehmen will. Der Marktprozeß führt diese niedrige Elastizität durch Abwertungen herbei, leider meist mit unnötigen Ausschlägen. Alternativ wären diese Elastizitäten durch Zölle zu beeinflussen – allerdings nicht innerhalb der Europäischen Union.

Wichtiger als das günstige Angebot an Kapital dürfte sein produktiver Einsatz sein. Die alten Planwirtschaften waren ja bekannt dafür, gigantische Kapitalmengen in Aktivitäten zu verschwenden, deren Output weniger wert als ihr Input war. Eine funktionierende Marktwirtschaft stellt dies durch den Wettbewerbsmechanismus sicher, der das Kapital in die produktivste Verwendung lenkt. Freihandel und Integration in einem großen Markt erlauben

die Spezialisierung auf die relativ produktivsten Aktivitäten. Die klassische Integrationstheorie sieht daher vor allem Vorteile für die kleinere (Beitritts-)Ökonomie, der durch die Integration ein größerer Zuwachs an Optionen zukommt als dem großen EU-Wirtschaftsraum.[41]

Dieses optimistische Bild verdüstert sich, wenn man die Nachfrageseite einbezieht. Die Kapitalzuflüsse bringen Aufwertungsbewegungen und Leistungsbilanzdefizite mit sich, die die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzmöglichkeiten der einheimischen Wirtschaft beeinträchtigen. Die Unternehmen Ostmitteleuropas haben Schwierigkeiten, mit der sehr viel produktiveren Industrie der Union und ihrem qualitativ höherwertigen Angebot zu konkurrieren. Ihre Absatzchancen auf dem EU-Markt werden – mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Güter – kaum, der Konkurrenzdruck der EU-Anbieter in Ostmitteleuropa jedoch spürbar zunehmen, da die Anwendung der Binnenmarktregeln ihre Wettbewerbsposition verbessert. Im Ergebnis käme es zu einem gewaltigen Strukturwandel, der eine Spezialisierung der Wirtschaft Ostmitteleuropas auf die unter Integrationsbedingungen noch wettbewerbsfähigen Industrien erzwingt. Nach gegenwärtigem Muster, wie es die RCA-Indikatoren enthüllen[42], wären das vor allem die auf niedrigen Löhnen und billigen Rohstoffen beruhenden Branchen. Zwar steigt auch die Wettbewerbsfähigkeit anderer Branchen, aber von einem sehr niedrigen, negativen Niveau, das vorerst keinen Anlaß zu Hoffnung gibt. Dies sind nicht unbedingt die Grundlagen für wachsende Realeinkommen, die durch Beschäftigung in modernen, produktiven Unternehmen entstehen.

Ausländische Firmen aus der Union und aus Drittländern werden investieren, um vom sicheren Zugang zum EU-Markt und niedrigen lokalen Kosten zu profitieren.[43] Direktinvestitionen hängen aber stark von der Entwicklung der Kosten und Produktivität ab. Nach einem ersten Ansturm zeigt sich schon jetzt eine gewisse Enttäuschung der Investoren mit dem Standort Mittel- und Osteuropa, da die Reallöhne ansteigen, die unternehmensbezogenen Leistungen des Umfeldes (Infrastruktur, Zulieferer, Ausbildungssystem etc.) aber gegenüber EU-Standorten deutlich abfallen. Die prekäre Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Ostmitteleuropa stützt sich wesentlich auf geringe Lohnkosten.[44] Gerade dieser Vorteil mag aber im Zuge des Beitritts partiell verloren gehen. Denn die Agrarpolitik und die Preisangleichung im Binnenmarkt dürften zur Verteuerung von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern und damit zu Lohnkostensteigerungen führen. Zwar weist auch die heutige EU-15 erhebliche Preisunterschiede auf, die beim Konsumentenpreisindex von über 110 für Finnland und Österreich bis unter 90 für Spanien reichen (Deutschland = 100).[45] Auch die Abweichung des nominalen Wechselkurses von der Kaufkraftparität (Exchange Rate Deviation Index (ERDI); Deutschland = 1,0) reicht bis 1,47 bei Spanien und 1,56 für Griechenland. Aber für Tschechien betrug er 1995 noch 3,13, in Polen 2,7 und in Ungarn 2,3.[46] Dieses Ausmaß an schützender Marktdifferenzierung dürfte kaum dauerhaft sein, sondern zumindest auf griechisches Niveau absinken. Wegen der geographischen Lage (geringe Transportkosten) ist eine stärkere und schnellere Anpassung sogar wahrscheinlicher. Damit könnte Ostmitteleuropa seinen Lohnkostenvorteil verlieren und eine Deindustrialisierung wie in den Neuen Bundesländern erleben, deren ungeschützte Unternehmen angesichts der Kostensteigerungen ab 1990 flächendeckend zusammenbrachen. Dieses Szenario wird allerdings nicht in voller Härte eintreten, da sie zunächst durch eine eigene, relativ schwache Währung geschützt bleiben und nicht über die gewaltigen Mittel wie die Neuen Bundesländer verfügen, um Importe aus dem Westen zu finanzieren.





*Die Grenzen politisch gesteuerter Modernisierung*

Sucht man nach Ländern, die erfolgreich ihre Wirtschaft modernisiert und so gegenüber den reichen Industrieländern aufgeholt haben, dann findet man sie vor allem in Südostasien. Betrachtet man die von ihnen verfolgte Wirtschaftspolitik, so fällt die aktive Rolle des Staates mit selektiver Industriepolitik, massiver Exportförderung und Protektionismus auf. Gleichzeitig haben die asiatischen Tiger auf eine sparsame Haushaltspolitik, eine stabile, leicht unterbewertete Währung und Investitionen in die Erziehung gesetzt. Dies hat die einheimische Ersparnis gefördert und eine vergleichsweise ausgeglichene Einkommensverteilung bewirkt. Der Rückschlag der gegenwärtigen Krise stellt dieses Modell, das ja Jahrzehnte spektakulären Wachstums produziert hat, nicht grundsätzlich in Frage. Es weist aber auf Verwundbarkeiten hin, die spätestens seit den neunziger Jahren im Zeichen der Globalisierung größer geworden sind. Die Wechselkurspolitik muß besonders sorgfältig betrieben werden, wobei sich vor allem Überbewertungen rächen. Die Nutzung importierten Kapitals macht die eigene Wirtschaft von eventuell rasch wechselnden Risikoperzeptionen fremder Investoren abhängig, die die Wirtschaftspolitik kaum kontrollieren und korrigieren kann.

Neben einer umsichtigen makroökonomischen Steuerung unterstreicht die neuere Theorie zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit[47] die Bedeutung systemischer Faktoren (Qualität der Nachfrage, externe Effekte zwischen konkurrierenden Anbietern, staatliche Förderpolitiken in den Bereichen der Infrastruktur, Forschung etc.) im Gegensatz zur überwiegend kostenorientierten Betonung niedriger Löhne und sonstiger Inputs. Die auf systemische Faktoren gestützte kontinuierliche Modernisierung sorgt für ein qualitativ hochwertiges, produktiv erstelltes Angebot. So verstandene Wettbewerbsfähigkeit erlaubt hohe Exporte und damit auch Importe ohne Zahlungsbilanzprobleme bei wachsenden Realeinkommen.

Die EU-Mitgliedschaft gestattet nur partiell eine derartige politisch gesteuerte Modernisierung. Sie schränkt einerseits den wirtschaftspolitischen Spielraum ein, schützt aber andererseits auch vor den Risiken internationaler Finanzmärkte. In der Wettbewerbs-, Industrie-, Struktur- und Regionalpolitik müssen sich die Neumitglieder mit Brüssel abstimmen. Subventionen sind genehmigungspflichtig. Sie können versuchen, die Mittel der EU-Fonds für Maßnahmen einzusetzen, die die systemische Wettbewerbsfähigkeit steigern. Sie müssen aber auch damit rechnen, daß die Union nicht Investitionsprojekte fördert, die Unternehmen in den Altmitgliedsstaaten Konkurrenz machen.

Protektionismus gibt es in der Europäischen Union nur in geringem Maß gegenüber Drittländern. Die Zollstruktur deckt sich bestenfalls zufällig mit den Schutzinteressen der Beitrittskandidaten. Eine Politik der „geschützten Exportförderung", wie sie die Ostasiaten Jahrzehnte erfolgreich betrieben, ist somit unmöglich. So wäre es kaum vorstellbar, die erwarteten Importüberschüsse auf Investitionsgüter zu konzentrieren, indem man Konsumgüterimporte durch Zölle verteuert.

Unter den Maastrichtkriterien erwartet die Europäische Union eine solide Haushalts- und Geldpolitik, die auch den Außenwert der Währung gegen Abwertungsspekulationen schützen hilft. Die EU-Mitgliedschaft kann eine derartige nationale Politik erleichtern, indem sie die Regierung bei unpopulären Maßnahmen gegenüber ihren Wählern entlastet. Andererseits eröffnet die Liberalisierung der Kapitalmärkte der Spekulation (auch der einheimischen Vermögensbesitzer) neue Möglichkeiten. Die Gefahr spekulativer Attacken würde mit

Sicherheit erst nach dem Beitritt zur Währungsunion gebannt sein. Vorher kann ein Land sich kaum dem Zufluß von Auslandskapital verschließen, auch wenn es dessen Sprunghaftigkeit fürchtet.

Die Wirtschaften Ostmitteleuropas haben traditionell schlechte Erfahrungen mit politischer Steuerung von Wirtschaftsprozessen gemacht. Die kommunistischen Planwirtschaften verfügten über ein umfangreiches Instrumentarium, mit dem sie zwar die einheimische Ersparnis erheblich steigern konnten, aber auch das so gewonnene Kapital verschwendeten. In den Transformationsökonomien sind die Kapitalmärkte noch schwach entwickelt. Häufig haben Staat und Banken alte Staatsunternehmen konserviert statt modernisiert. Es fehlt ein Netzwerk von kompetenten Akteuren aus Banken, rating-Agenturen, Beratungsfirmen, Aufsichtsbehörden, Kammern, Verbänden etc., die Transparenz, Kontrolle und Orientierung bieten. An diesen Mängeln wird ein EU-Beitritt kurzfristig nichts ändern.

Ein EU-Beitritt erhöht also die Zwänge zu einer soliden makroökonomischen Politik, insbesondere zu einer vorsichtigen Fiskal- und Geldpolitik. Gleichzeitig erfordert er höhere staatliche Investitionen und präferiert in Zweifelsfall Preisstabilität vor Wachstum. Die EU-Mitgliedschaft schränkt die Möglichkeiten zu einer offensiven Industriepolitik deutlich ein und drängt auf eine Öffnung des Kapitalmarkts, womit sich die Verletzbarkeit gegenüber spekulativen Attacken erhöht.[48]

**Die Verteilung der Kosten und Nutzen des EU-Beitritts in den Gesellschaften Ostmitteleuropas**

Ein EU-Beitritt hat unterschiedliche Wirkungen auf die Neumitglieder. Wirtschaftliche Vorteile wie zusätzliche und in ihrer Offenheit garantierte Absatzmärkte, eine bessere Versorgung und Angebotsvielfalt des einheimischen Marktes und Zugang zu günstigem Kapital stehen neben den Nachteilen verschärfter Konkurrenz, hohem Anpassungsdruck und erheblichem Investitionsbedarf. Politisch werden die erhoffte Stabilität und die Westintegration mit Souveränitätsverlusten und geringeren wirtschaftspolitischen Spielräumen erkauft.

*Verlierer und Gewinner des EU-Beitritts*

Kosten und Nutzen für die Länder Ostmitteleuropas verteilen sich ungleich innerhalb der Beitrittsländer. Faßt man die unterschiedlichen Beitrittswirkungen zusammen und gliedert sie nach Betroffenengruppen, so ergibt sich folgendes Bild:
*Sektorale Verteilung:* Die Landwirtschaft könnte zu den Gewinnern eines EU-Beitritts zählen. Ihr öffnen sich große Märkte und ohne radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kann sie mit erheblichen Subventionen rechnen.[49] Zwar muß sie sich gegen die Konkurrenz der hochproduktiven EU-Landwirtschaft durchsetzen und mit Nachfrageeinbußen wegen der höheren Preise rechnen, aber ihre Einkommen sollten dank niedrigerer Kosten steigen. Wahrscheinlich werden wie in der Union produktive Großbetriebe weit mehr profitieren als die zur Rechtfertigung der Gemeinsamen Agrarpolitik immer bemühten Kleinbauern. Die notwendigen Produktivitätssteigerungen werden auch in der Landwirtschaft zu erheblichen Freisetzungen, das heißt Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit führen. Neben der Landwirtschaft profitieren wettbewerbsfähige Unternehmen der Exportindustrie vom gesicherten Marktzugang. Dazu gehört als Dienstleistungsexporteur auch die Tourismusbranche.





*Regionale Verteilung:* Schwache Regionen können mit verstärkten Infrastrukturinvestitionen rechnen, die aus dem Regionalfonds finanziert werden. Aber es ist kaum anzunehmen, daß daraus selbsttragendes Wachstum in diesen Gebieten resultiert. Die schwache Entwicklung unterentwickelter Regionen in der Europäischen Union (Süditalien, Alentejo, etc.) deutet darauf hin, daß die Plazierung weißer Elefanten kein Ersatz für das Geflecht sich gegenseitig stimulierender Unternehmen, privater und öffentlicher Organisationen und Institutionen ist, die die systemische Wettbewerbsfähigkeit von erfolgreichen Regionen wie der Lombardei oder der rheinischen „Banane" ausmachen. Die armen Regionen unterliegen eher einer passiven Sanierung mit partieller Entvölkerung und einer durch die bessere Verkehrserschließung ermöglichten Pendlerpopulation. Dagegen ist zu erwarten, daß sich der schon heute zu beobachtende Aufschwung der Regionen, die nahe zur Alt-EU an den Westgrenzen liegen, weiter intensivieren und stabilisieren wird.[50]

*Kapital:* Die Liberalisierung der Vermögensmärkte und der Zustrom an Kapital dürfte die Vermögenspreise anheben. Die Börsenkurse stiegen in einigen Ländern (Portugal, Spanien) nach dem Beitritt.[51] Ähnlich könnte auch der Wert nicht an der Börse gehandelter Unternehmensanteile und Immobilienpreise steigen. Davon profitieren vor allem die Vermögensbesitzer in den Beitrittsländern, zu denen neben Individuen auch diverse Privatisierungsagenturen, Investitionsfonds und Banken zählen. Allerdings stören sich viele Osteuropäer daran, daß angesehene nationale Unternehmen an ausländisches Kapital „ausverkauft" werden.[52]

*Arbeit:* Qualifizierte Arbeitskräfte können mit einer verstärkten Nachfrage rechnen und der gesamte EU-Markt steht ihnen offen. Damit steigen ihre Chancen für eine höhere Entlohnung. Aber allgemein sieht das Bild wohl weniger rosig aus: Alle dem Wettbewerb im Binnenmarkt ausgesetzten Unternehmen stehen unter starkem Druck, ihre Produktivität zu steigern, was häufig mit Beschäftigungsabbau einhergehen dürfte. Da im europäischen Binnenmarkt gleichwertige Güter gleiche Preise (abgesehen von Transport- und Transaktionskosten) erzielen, müssen die relativ weniger produktiven Anbieter Ostmitteleuropas versuchen, diesen Nachteil durch geringere Inputkosten, vor allem Löhne, zu kompensieren. Da aber auch die Preise der zur Reproduktion notwendigen, handelbaren Güter auf das EU-Niveau steigen, bleibt den Arbeitnehmern nur die Reallohnsenkung, wenn sie nicht ihre Arbeitsplätze gefährden wollen. Bei den Lohnnebenkosten erfordert die europäische Sozialpolitik bestimmte Mindeststandards, die die meisten Transformationsländer als ehemalige „sozialistische Arbeiterparadiese" zwar erfüllen dürften, die aber eventuell ihre Verhältnisse übersteigen.
Diese Verteilungswirkungen verstärken Differenzierungsprozesse, die schon seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Gang sind. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat zugenommen. Einer wachsenden Zahl von Armen steht eine neue Gruppe von Reichen gegenüber, die oft ihr Vermögen im Zuge undurchsichtiger Privatisierungsprozesse erlangt haben. Politische Korrekturen der Einkommensverteilung durch staatliche Umverteilung, Sozialleistungen oder das Steuersystem stoßen an die engen Grenzen schon überlasteter Sicherungssysteme und defizitärer, unter Konsolidierungsdruck stehender Staatshaushalte.

*Das Risiko politischer Polarisierung*

Noch haben die mit dem EU-Beitritt verbundenen Fragen und Probleme wenig Beachtung in der Öffentlichkeit der Beitrittsländer gefunden. Regierungen und Bevölkerungen sind

sich noch weitgehend einig im Beitrittswunsch, auch wenn in einigen Ländern (Baltikum, Bulgarien und Tschechien bis 1995, danach wieder Verbesserung, sowie Slowenien und Slowakei) das Ansehen der Europäischen Union gesunken ist.[53] Der Kenntnisstand der Bürger Ostmitteleuropas über die Europäische Union war gering[54]; mit dem Beitritt verbinden sich unrealistische Hoffnungen und Ängste. Umfragen zeigen, daß die Befragten vor allem an den Arbeits- und Lebensbedingungen in der Union interessiert sind und sich vom Beitritt wirtschaftliche Fortschritte erhoffen.[55]

Die Meinungsumfragen liefern auch ein Bild davon, welche Verteilung der Kosten und Nutzen einer EU-Integration die Ostmitteleuropäer erwarten. 65 Prozent sehen die privaten Unternehmen unter den Gewinnern, womit diese vor Erziehung, Armee und Gesundheitssystem an der Spitze der vermuteten Gewinner stehen. Nur 33 Prozent erwarten Vorteile für die ärmeren Bevölkerungsgruppen, die damit noch hinter den Handarbeitern, Bauern und Staatsunternehmen stehen. Im Durchschnitt aller Beitrittsländer glauben bei allen Bevölkerungsgruppen mehr Befragte, daß die jeweiligen Gruppen eher gewinnen als verlieren.[56] In einzelnen Ländern ändert sich das Bild. Die Erwartungen für die Bauern sind besonders pessimistisch im Baltikum, in Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei.[57] In Polen schneidet die katholische Kirche am schlechtesten ab.[58]

Auch die Regierungen beschäftigten sich weit mehr mit der Rechtfertigung und Vorbereitung des Beitritts als mit einer realistischen Bewertung seiner Wirkungen, der Präzisierung ihrer Interessen und der Ausarbeitung entsprechender Programme und Verhandlungspositionen. Dies dürfte sich spätestens mit Verhandlungsbeginn ändern. Die sich dann artikulierenden Interessen treffen auf die politischen Systeme der jungen Demokratien, die noch nicht die sozialen und politischen Konsequenzen des Systemwechsels verarbeitet haben. Die schwere Transformationskrise hat die meisten Länder so zurückgeworfen, daß sie erst heute langsam das Pro-Kopf-Einkommen von 1989 wieder erreichen. Die Wähler haben zunächst die Reformregierungen der ersten Stunde abgestraft. Inzwischen haben sie in einigen Ländern auch die damals an die Macht gewählten Reformkommunisten wieder in die Opposition geschickt. Trotz der Instabilität und Schwäche des Parteiensystems vollzogen sich die meisten dieser Machtwechsel in geordneten, demokratischen Bahnen und extreme Parteien konnten keine besorgniserregenden Gewinne verbuchen.

Dies könnte sich mit der Neuordnung der politischen Agenda im Zuge des Vorbeitritts verändern. Einzelne Parteien könnten die Beitrittsfrage zum Wahlkampfthema machen. Insbesondere ein Referendum über den EU-Beitritt würde zwangsläufig eine Polarisierung mit sich bringen, die auch – wie oft in Westeuropa – quer zu bisherigen Parteiorientierungen liegen kann. Gegen einen Beitritt könnten nicht nur Kräfte sein, die soziale Nachteile und Einkommenseinbußen befürchten, sondern auch anti-liberale, nationalkonservative Gruppierungen, die eine Verwestlichung ablehnen und vom EU-Beitritt nicht nur Souveränitätsverluste, sondern auch einen Verfall nationaler Werte befürchten. Viele Ostmitteleuropäer mißtrauen dem westeuropäischen Vorbild und wünschen eine Entwicklung auf der Grundlage eigener Werte und Traditionen (63 Prozent in Tschechien, 58 Prozent in der Slowakei, 63 Prozent in Ungarn).[59]





Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über europaskeptische Parteien (und Fraktionen) in Ostmitteleuropa.

| Land | Partei | Stimmenanteil[60] bei den letzten Wahlen |
|---|---|---|
| Polen | in der AWS (Solidarnosc) gibt es euroskeptische katholisch-nationale Gruppen (z.B. um Radio Marya) die Bauernpartei nannte sich früher „euroskeptisch", heute „eurorealistisch"[61] | |
| Tschechien[62] | Teile der ODS (Vaclav Klaus) sind „europessimistisch"<br>KSCM (Kommunisten) anti-NATO, aber nicht gegen Beitritt<br>SPR-RSC (rechts-extreme Republikaner) | <br>10 %<br>8 % |
| Slowakei | ZRS (Arbeiterpartei)<br>SNS (Nationalisten)<br>in der HZDS, die programmatisch für den EU-Beitritt ist, gibt es starke nationalistische Kräfte, die de facto eine beitrittsschädliche Politik unterstützen | 7 %<br>5 % |
| Ungarn | Arbeiterpartei (Kommunisten)<br>MIEP (Nationalisten)<br>Kleine-Landwirte-Partei ist pro-Beitritt, aber euroskeptisch | ca. 3 %<br>ca. 5% |
| Slowenien | ZLSD (Reformkommunisten) umfaßt einige euroskeptische Gruppierungen wegen hoher Zugeständnisse an die EU[63] | |

Meist handelt es sich um kleine, extreme Parteien. Nur wenige größere Parteien sind offen gegen einen Beitritt. Aber es gibt in einigen Parteien Flügel, die euroskeptisch sind, so zum Beispiel in Polen die klerikal-nationalistischen Kräfte in Solidarnosc oder in Slowenien in der reformkommunistischen ZLSD.

Unklar ist in den meisten Ländern die Haltung anderer sozialer Gruppen wie Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbände usw.. Die weit verbreitete vorläufige Zustimmung bei den meisten Interessengruppen zum EU-Beitritt könnte bei Intensivierung der Debatte einer skeptischeren Position oder zumindest deutlichen Forderungen nach Veränderung der Beitrittsmodalitäten Platz machen. Von der katholischen Kirche und ihr nahestehenden Parteien in Polen sind kritische Äußerungen bekannt.[64]

### Anforderungen an die Beitrittsstrategie

Mit Beginn der Beitrittsverhandlungen werden alle Beteiligten ihre Positionen präzisieren. Die Beitrittskandidaten werden ihre Forderungen stellen. Die Verhandlungsführer müssen nicht nur innerhalb der Regierung und Verwaltung, sondern auch mit den wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kräften ihres Landes die Beitrittsbedingungen diskutieren. Unternehmen, Gewerkschaften, Bauernverbände und viele andere Interessenorganisationen werden sich mit den zu erwartenden Konsequenzen der EU-Vollmitgliedschaft für die von ihnen vertretenen Interessen ihrer Mitglieder auseinandersetzen und häufig Ausnahmerege-

lungen, längere Anpassungsfristen und Beihilfen aus nationalen und/oder europäischen Töpfen fordern.

Vor allem die ehemaligen Staatsunternehmen im Bereich der verarbeitenden Industrie stehen noch vor erheblichen Anpassungsprozessen. Mißlingen sie, so drohen erhebliche Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungseinbrüche. Die Modernisierung erfordert umfangreiche Investitionen und Lernprozesse, die wahrscheinlich die Kräfte der Beitrittskandidaten übersteigen. Neben Direktinvestitionen könnte ein Programm der Union, ähnlich wie das Portugal gewährte PEDIP, hilfreich sein. Die Europäische Union könnte auf Kofinanzierungsanforderungen verzichten, um die Absorption zu erleichtern und gleichzeitig die Mittel gezielt einsetzen, um den Arbeitskräften der Beitrittsländer Anreize zum Bleiben (statt zur Migration nach Westen) zu schaffen. Zahlungen aus den Fonds könnten auch dazu genutzt werden, potentielle Migranten in ihren Herkunftsländern in Qualifikationsmaßnahmen oder Existenzgründungsprojekte einzubinden und somit von einer Übersiedlung in die Länder der alten Union abzuhalten.

Die Regierungen der Beitrittsländer müssen versuchen, teils diese Interessen gegenüber der Europäischen Union durchzusetzen, teils im nationalen Rahmen Lösungen anzubieten. Letztere können etwa im Interessenausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern des Beitritts bestehen, eventuell in Form monetärer Entschädigung. Dabei muß die Regierung – wenn sie den Beitritt will – versuchen zu verhindern, daß die Verlierer zur Mehrheit werden und eine große Koalition bilden, die gegen den Beitritt als solchen ist. Letztlich muß sie abwägen, ob die gesamten, politischen und wirtschaftlichen Nutzen des Beitritts die Kosten wirklich übersteigen.

Die Europäische Union muß ihrerseits eine ähnliche Rechnung aufmachen. Die Kosten und Nutzen für die Union stehen hier nicht zur Debatte. Aber wenn die Europäische Union sich einig darüber ist, daß eine Osterweiterung in ihrem Interesse ist, muß sie die Bedingungen so gestalten, daß auch für die Kandidaten unter dem Strich ein positiver Nutzensaldo steht. Soweit es dabei um ein Nullsummenspiel geht, also zum Beispiel bei den Finanztransfers, bei denen der Gewinn Ostmitteleuropas der Verlust der Europäischen Union ist, stellt sich von einem bestimmten Punkt auch für die Union die Frage, ob sie eine Erweiterung zu diesem Preis noch will.

Die Europäische Union muß sich aber auch über die Kosten und Nutzen für die Beitrittsländer und die Struktur der dort betroffenen Interessen im Klaren sein. Ein Beitritt unter Bedingungen, die zu wirtschaftlicher, sozialer und/oder politischer Destabilisierung in den Neumitgliedern führen, widerspricht dem Grundinteresse der Europäischen Union an Stabilität in Ostmitteleuropa, die sie mit der Erweiterung ja gerade erreichen will. Angesichts der spezifischen Probleme der Transformationsgesellschaften Ostmitteleuropas bedarf es einer speziellen Strategie seitens der Europäischen Union, will sie nicht Gefahr laufen, mit ihrer Osterweiterung das Gegenteil der erstrebten Stabilisierung zu erreichen.





*Anmerkungen*

1. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in den Jahren 1996-98 in den Beitrittsländern Kurzstudien in Auftrag gegeben, auf deren Ergebnisse sich der folgende Text immer wieder stützt.

2. Eine Ausnahme bildet Slowenien, das schon relativ früh entsprechende Überlegungen angestellt hat, zum Beispiel Ministry of Economic Relations and Development, Slovenia. Strategy of International Economic Relations. From Associated to Full-Fledged membership in the European Union, Lubljana 1996.

3. Vgl. András Inotai, Wirtschaft, in: Bertelsmann Stiftung – Forschungsgruppe Europa (Hrsg.), Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die europäische Union, Gütersloh 1998, S.13–40.

4. Richard Baldwin, Towards an Integrated Europe, London 1994.

5. Ebenda, S. 161

6. „The costs and benefits of eastern enlargement: the impact on the EU and central Europe" zusammen mit Joseph E. Francois und Richard Portes, in: Economic Policy, April 1997.

7. Christian Weise u.a., Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU – Transformation, Verflechtung, Reformbedarf, Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforschung Heft 167), 1997 (im folgenden: DIW 1997).

8. Vgl. Paul J.J. Welfens, Konsequenzen einer Osterweiterung für die EU und deren Reformbedarf, in: Otto Mayer und Hans Eckart Scharrer (Hrsg.), Osterweiterung der Europäischen Union. Sind die mittel- und osteuropäischen Länder und die EU reif für eine Erweiterung?, Baden-Baden 1997; Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europa öffnen. Anforderungen an die Erweiterung, Gütersloh 1997.

9. Eine Ausnahme ist die kritische Analyse von John Eatwell u.a., Not „Just Another Accession". The Political Economy of EU Enlargement to the East, London 1997, Kapitel 4 „The impact of European Union membership", S. 46–61.

10. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996, Gütersloh 1996.

11. Mit ähnlicher Fragestellung: Mayer/Scharrer (Hrsg.), a.a.O.; für Polen: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), The Polish Transformation from the Perspective of European Integration. EU-monitoring, Warschau 1997 bzw. Jerzy Hausner u.a., Accession or Integration? Poland's Road to the European Union. EU-monitoring II, FES Warschau 1998.

12. Heinz Jürgen Axt, Southern Europe Facing the Single Market's Completion, in: Intereconomics July/August 1991 S. 192 ff.

13. Claus-Friedrich Laaser, Ordnungspolitik und Strukturwandel im Integrationsprozeß. Das Beispiel Griechenlands, Portugals und Spaniens, Tübingen 1997.

14. Ralf Sänger, EU-Osterweiterung und Portugals Beitrittserfahrungen, FES Bonn 1995.

15. Auf Literaturhinweise sei hier verzichtet, da der Fall dem deutschen Leser wohl vertraut ist.

16. Vgl. DIW 1997, a.a.O., S. 68 ff.

17. Ebenda, S. 75 ff.

18. Vgl. Baldwin/Francois/Portes, a.a.O., S.132.

19. Ebenda, S.133.

20. Vgl. Vgl Kalman Deszeri, The costs of Eastern enlargement of the EU for Hungary: the price of adjustment and catching up required by the EU standards, (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer), S. 5. Allerdings müssen sie auch ohne Beitritt aufgrund anderer internationaler Verpflichtungen (Assoziierungsabkommen, WTO) sinken.

21. Davon gehen auch Eatwell u.a., a.a.O., S. 48 f. aus.

22. Vgl. Baldwin / Francois / Portes, a.a.O., S. 140 ff.

23. Ebenda, S.145.

24. Vgl. Martin Brusis und Cornelius Ochmann, Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit, in: Weidenfeld (Hrsg.), a.a.O., S. 16.

25. Vgl. Peter Stanovnik und Marian Svetlicic, Slovenia Integrating in the European Union, Ms. Lubljana 1998 (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer); dort S. 8.

26. Vgl. Zdenik Srein, What does the Czech republic expect of joining the European Union?, Ms. Prag 1998 (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer), S. 5.

27. Für Ungarn schätzt Deszeri diese Kosten auf jährlich ca. 1 Milliarde HUF (= ca. 10 Mio. D-Mark); vgl. Deszeri, a.a.O., S. 15.

28. Vgl. Baldwin/Francois/Portes, a.a.O., S. 156.

29. Vgl. ebenda, S. 155 ff.; die Zahl dürfte auch ungefähr auf die fünf Länder der ersten Beitrittsrunde zutreffen, wenn man annimmt, daß Slowenien und Estland zusammen etwa den für die Slowakei angesetzten Betrag bekommen.

30. Vgl. auch Srein, a.a.O., S. 3 f.; er sieht in diesem Aspekt den Vorteil gegenüber einem Beitritt zum EWR.

31. Ulrich Adler, Der Bedarf an Umweltschutzinvestitionen in Mittel- und Osteuropa, in: Ifo-Schnelldienst 29/95 S. 10-21. Schätzungen der ungarischen Akademie der Wissenschaften reichen bis zu über 20 Mrd. ECU, das heißt 55 Prozent des ungarischen BIP von 1997; vgl. Deszeri, a.a.O., S. 19.

32. Vgl. Srein, a.a.O., S. 10 f.

33. Für Ungarn schätzt Deszeri (a.a.O., S. 20) die Investitionskosten auf 28 Mrd. HUF ( = ca. 280 Mio. D-Mark oder 0,5 Prozent des ungarischen BIP).

34. So schätzt Deszeri (a.a.O., S. 23) die Kosten für Ungarn auf insgesamt zwischen 50 und 123 Prozent des BIP.

35. Vgl. Michael Dauderstädt, Die Demokratien Ostmitteleuropas im Spannungsfeld von Transformation und Integration, in: integration 4 (1996), S. 208-223.

36. So hatte die tschechische Regierung unter Vaclav Klaus deutlich andere integrationspolitische Vorstellungen. Vgl. Srein, a.a.O., S. 1-3. Auch die Polen hätten Bedenken, ihre Außen- und Sicherheitspolitik von der Europäischen Union bestimmen zu lassen. Vgl. Elzbieta Stadtmüller, Poland's Attitude Towards the Positive and the Negative Consequences of Integration with the EU, in: Teresa Los-Nowak und David Armstrong (Hrsg.): Emerging Conceptions of Democracy in Transition Europe, Wrozlaw 1997, S. 137.

37. So zum Beispiel die slowenische Verfassungsänderung (Art. 68), um Ausländern den Erwerb von Grund und Boden zu ermöglichen. Hier sehen auch andere Länder Ostmitteleuropas (beispielsweise Polen und Tschechien) Probleme beim Beitritt.

38. Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1996.

39. Vgl. Srein, a.a.O., S. 3; er zitiert dort Raj M. Desai von der Weltbank, der in Tschechien auf dieses Problem hinweist und vor einem Beitritt warnt.

40. Regional konzentriert für den Raum Bratislava (nahe zum Großraum Wien) sieht dieses Problem Milan Bucek, Regionalpolitik. Beitritt der Slowakischen Republik zur EU – Das Positive und das Negative, Ms. Bratislava 1997 (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer).

41. Vgl. Peter Achten, Die Osterweiterung der Europäischen Union. Beitritts- und Erweiterungshindernisse im Spiegel ökonomischer Kritik, Lohmar 1996, insbesondere S. 29.

42. Vgl. DIW 1997, a.a.O., S. 95 ff.; RCA (= revealed comparative advantage) zeigt, in welchen Branchen ein Land relativ Exportüberschüsse aufweist, was auf deren Wettbewerbsfähigkeit hindeutet.

43. Diese Hoffnung teilen viele Beitrittsländer, zum Beispiel für die Slowakei Jan Isa, Die Slowakei und die Europäische Union: Maastrichter Kriterien, Auslandsgeschäfte und Kapitalzufluß, Ms. Bratislava 1997 (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer).

44. Vgl. für Tschechien Srein, a.a.O., S. 13 f.





45. Vgl. Bayerische Landesbank Spotlight in: The Economist vom 14. März 1998, S.19.

46. Vgl. Srein, a.a.O., S. 13 sowie die dort zitierte Studie der tschechischen Ökonomen Martin Fassman und Milos Pick, The ‚Pure' Market versus Social Market Economy in the Industrial and Post-Industrial Economy, Ms., Prag 1997.

47. Michael Porter, The Competitive Advantage of Nations, New York 1990; Klaus Eßer u.a., Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik, Berlin (DIW) 1994.

48. Risiken für eine Wachstumspolitik durch den EU-Beitritt sehen auch Eatwell u.a., a.a.O., S. 53 ff..

49. Für die Slowakei vgl. Iveta Pauhofova, EU-Beitritt – Auswirkungen, Erwartungen und Interessen der Slowakei aus der Sicht der Landwirtschaft, Ms. Bratislava 1997 (entstanden im Zuge eines von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zu den Wirkungen des EU-Beitritts auf die Beitrittsländer).

50. Vgl. auch Bucek, a.a.O., S. 18 ff., der sich allerdings langfristig ausgleichende Effekte der EU-Regionalpolitik erhofft.

51. Vgl. Baldwin/Francois/Portes, a.a.O., S. 145.

52. Vgl. Stadtmüller, a.a.O., S. 138 oder auch den Fall Sloweniens.

53. European Commission, Central and Eastern Eurobarometer March 1997, Figures 28 ff.

54. Bei der Meinungsumfrage im Eurobarometer wollten noch 1992 um 81 Prozent der Befragten in die Europäische Union, aber nur 54 Prozent befürworteten die Marktwirtschaft (Central and Eastern Eurobarometer 1992). 1996 lagen die entsprechenden Ergebnisse für die Beitrittsländer bei 61 Prozent für EU-Beitritt und 56 Prozent für Marktwirtschaft (Central and Eastern Eurobarometer 1997).

55. European Commission, Central and Eastern Eurobarometer March 1997, Figures 7 und 10.

56. Ebenda, Figure 61.

57. Ebenda, Figures 62 ff.

58. Ebenda, Figure 68.

59. Vgl. Richard Rose Christian Haerpfer, New Democracies Barometer III. Learning from What is Happening, Studies in Public Policy 230, Glasgow 1994.

60. Der Stimmenanteil der großen Parteien, die nicht durchgängig euroskeptisch sind, wurde nicht angegeben, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, ein entsprechend großer Teil der Wähler sei gegen einen Beitritt.

61. Vgl. Jerzy Hausner, Political Stimulators and Barriers to European Integration, in: Hausner u.a., a.a.O., S. 99 ff., vor allem der Abschnitt 2.2. „The Attitude of Political Parties towards Integration" S.110 ff. sowie auch Elzbieta Stadtmüller, Poland's Attitude Towards the Positive and the Negative Consequences of Integration with the EU, in: Los-Nowak/Armstrong (Hrsg.), a.a.O., S. 134 f..

62. Vgl. Srein, a.a.O., S. 1 f.

63. Vgl. Stanovnik/Svetlicic, a.a.O., S. 14.

64. Vgl. Stadtmüller, a.a.O., S. 135.